

Perspektiven

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **26 (2019)**

Heft 286

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Perspektiven

Atomstadt Prypjat
Rennen nach Bern
Stadtwanderer
verteidigt Land
Siedlungsbrei und
Rückzonungsstop

Der Ruf von Prypjat

TEXT UND BILDER: MICHAEL HUG



Vom Wald zurückgeholt: Geisterstadt Prypjat, am Horizont der Sarkophag über Reaktor 4.



Musikzimmer in einer Schule in Prypjat: von Plünderern zerstört.

«Stalking» in Tschernobyl? Man kann es als Tourist tun oder als Jäger im Computerspiel *S.T.A.L.K.E.R.* Tschernobyl beziehungsweise die Atomstadt Prypjat liegen in der sogenannten «Todeszone», was nicht heisst, dass man sie nicht besuchen und stalken kann. Seis nach Bildern jagen oder nach Mutanten.

Nicht Tschernobyl ist die Geisterstadt, in der das Riesenrad steht, die leeren Wohnblöcke, das havarierte Atomkraftwerk. Es ist Prypjat, die Atomstadt, gegründet und gebaut ausschliesslich für die Mitarbeitenden des AKW Tschernobyl und deren Familien. 50'000 Menschen wohnten in Prypjat, davon ein Drittel Kinder, und es war noch nicht das Ende. Zwei weitere Kraftwerksblöcke waren im April 1986 noch im Bau, womit nach deren Fertigstellung wahrscheinlich noch ein paar hundert oder tausend Menschen mehr in Prypjat gelebt hätten.

Doch mit dem GAU im Reaktor 4 des AKW Tschernobyl am frühen Morgen des 26. April 1986 nahm das Wachstum der Stadtbevölkerung ein jähes Ende und sank innert Stunden von 50'000 auf Null. Auch die Stadt Tschernobyl traf es: 14'000 Menschen wurden zwangsevakuert. Aus einem Gebiet mit 30 Kilometern Durchmesser wurden 150'000 Personen nach irgendwohin in der damaligen Sowjetunion verfrachtet und neu angesiedelt. Niemand darf sich heute dauerhaft in der «Todeszone» aufhalten. Während Prypjat bis heute unbewohnt ist, versehen in Tschernobyl 700 Angehörige von Polizei, Militär, Unterhaltsdiensten und Behörden ihren Dienst, werden alle 15 Tage abgelöst. Rund 300 Personen leben

dennoch ständig in Tschernobyl und der Umgebung. Ältere Menschen, die mit grossem Heimweh zurückgekehrt sind, erst illegal und öfters zurückgewiesen, jetzt legalisiert und unter medizinischer Kontrolle. Dann aber sind auch etwa 3000 Personen mit dem Rückbau der drei abgeschalteten Reaktorblöcke des AKW beschäftigt. Sie halten sich in der 10-Kilometer-Zone auf, was bedeutet, sie müssen nach ihrer Schicht wieder raus. Mehr als 12 Stunden darf sich hier niemand aufhalten.

Shadow of Tschernobyl

20 Jahre nach dem GAU kam das Computerspiel *S.T.A.L.K.E.R.* – *Shadow of Tschernobyl* heraus. Bezeichnenderweise wurde es von einer ukrainischen Spielentwicklungsfirma auf den Markt gebracht. Mit ihm lässt sich das versehrte Kraftwerk von innen betrachten. In dieser apokalyptischen Umgebung trifft der Spieler auf eine verwüstete und radioaktiv verseuchte Atomfabrik und auf deren «Bewohner». Klar, diese Bewohner sind nicht normale Wesen, sondern Mutanten, die es zu bekämpfen gilt. *Shadow of Tschernobyl* hat zwei Nachfolger: *Clear Sky* und *Call of Prypjat*. In letzterem geht es um den Kampf gegen deren durchgeknallte Wesen in den verworrenen Gängen und Gassen der Geisterstadt.

Seit dem Jahr, in dem *S.T.A.L.K.E.R.* auf den Markt kam, gibt es auch touristische Führungen in die «Todeszonen». Ein Begriff, der im Westen geschaffen wurde, vor Ort heisst die Zone «Exclusi-



Aula in einer Schule in Prypjat: Tummelplatz von Vandalen und Plünderern – und Bildjägern.



Lastwagenfriedhof des Militärs in Tschernobyl; nichts darf die «Exclusion Zone» verlassen.

on Zone». Der interessierte Tourist erlebt zwei leergefegte Städte, sieht (von aussen) ein stillgelegtes Atomkraftwerk, doppelt so gross wie Doppel-Beznau, einen malerischen See, mehrere in sich zusammengefallene Dörfer und stösst dabei auf ziemlich viel Natur. Wo einst eine der Kornkammern der Sowjetunion war, ist heute Wald, so weit das Auge reicht. Der Wald hat sich, weil von nichts und niemandem zurückgehalten, auch von der radioaktiven Strahlung nicht, der weitläufigen Ebene nördlich von Kiew bemächtigt. Er hat sich die Todeszone zurückgeholt und mit Leben gefüllt. Wie der Wald sich ausgebreitet hat, hat es auch die Fauna getan, sie hat keine Feinde ausser sich selbst. Vom Kleintier bis zu ausgewachsenen Bären und Wölfen gedeiht hier alles ohne Einschränkungen und ganz offensichtlich auch unbeeindruckt von der latenten Strahlung, die, da sind sich die Wissenschaftler uneins, noch 300 bis 900 Jahre anhalten wird.

Ungefährdetes Leben

Doch die Strahlung im Wald, in den Böden, in den Pilzen und Früchten, die aus dem Fallout nach dem Unfall stammt, ist nicht derart stark, dass sie Leben unmittelbar gefährden würde. Selbst der Mensch kann sich eine gewisse Zeit lang in der Zone aufhalten, ohne Schaden zu nehmen. Doch eine Unversehrtheitsgarantie will natürlich niemand übernehmen. So bleiben der längere Aufenthalt, das Jagen oder das Bewirtschaften des Bodens in der «Exclusion

Zone» bis auf weiteres verboten. Nur lässt sich ein Gebiet von über 100 Quadratkilometern (und drüber über der Grenze in Weissrussland noch ein Mehrfaches davon) nicht kontrollieren. Womit schon in den ersten Jahren nach dem GAU «Stalker» (Jäger), Abenteuerer oder ganz einfach Kriminelle nachts in die Dörfer und Städte schlichen und mitlaufen liessen, was nicht niet- und nagelfest war. Was blieb, wurde zerstört. Nur noch leere, arg vandalisierte, vom Wald durchwachsene Häuser stehen in Prypjat. Doch wenigstens trifft der «schwarze Tourist» (von «Dark Tourism» – Katastrophentourismus) nicht auf grauslich mutierte Wesen, sondern auf ein Stück Geschichte, auf ein dunkles Kapitel der technikgläubigen Menschheit.

Michael Hug ist Journalist und Autor von Reisebüchern. Er lebt in Degersheim.

«Trips und Blogs» – Michael Hug erzählt von seinen Reisen abseits der Touristenströme: 7. Februar, 19:30 Uhr, Parterre 33, St.Gallen

grippedbag.ch

Für die Frauen! Für das Klima!



Sieben Personen wollen den St.Galler Ständerats-sitz von Karin Keller-Sutter beerben. Vor der Wahl am 10. März ein Doppelgespräch mit den zwei Kandidierenden, die auf je eigene Weise für eine fortschrittliche Politik stehen: Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP) und Patrick Ziltener (Grüne).

INTERVIEW: CORINNE RIEDENER UND PETER SURBER, BILDER: CORINNE RIEDENER

Saiten: Herr Ziltener, warum soll man Sie wählen, wo doch der Ostschweizer Ständeratssitz seit 1995 in freisinniger Frauenhand ist?

Patrick Ziltener: Die Juso hat mich ja sofort als unwählbar deklariert – völlig unabhängig von meinen Positionen, Engagements und Inhalten. Genau das ist auch den Frauen lange Zeit passiert: Man hat sie unbesehen ihrer Fähigkeiten auf ihr Geschlecht reduziert. Jetzt weiss ich, wie sich das anfühlt. Ich habe die Kandidatur vor allem aufgrund der breiten Unterstützung seitens der Grünen Frauen übernommen. Weil sie sagen: Lieber ein Mann, der etwas tut, als eine Frau, die nichts tut.

Sie würden sich also für die Frauen einsetzen, wenn Sie gewählt werden?

PZ: Absolut, denn die Gleichstellung ist ein zentraler Wert für mich. Ich verstehe die Aufregung ohnehin nicht ganz. Als die Grünen in den 80er-Jahren gegründet wurden, waren neue Geschlechterverhältnisse eines unserer wichtigsten Anliegen. Wir haben alles durchexerziert, von der geschlechtergerechten Wortwahl, der Länge der Voten bis hin zum konsequenten «Reissverschluss»-Prinzip auf Wahllisten (Frau-Mann-Frau-Mann etc.). Dass die Grünen jetzt verantwortlich gemacht werden für den geringen Frauenanteil im Ständerat, grenzt an Ironie.

minieren die Männer. Es gab eine Studie dazu: Was die Lohngleichheit angeht, hat die Universität Zürich ein gutes Zeugnis erhalten, aber es ist nach wie vor so, dass die Männer eher Karriere machen im akademischen Bereich. Das hat auch mit der fehlenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Ich bin darum auch für eine Quote. Es ist eher ein unschönes Mittel, aber man muss zu allen Mitteln greifen, um den gesellschaftlichen Lernprozess voranzubringen. Das bedingt aber auch einen Fahrplan, ähnlich wie in der Wirtschaft: Man muss sich konkrete Ziele setzen, und wenn diese nicht aus eigener Kraft erreicht werden, muss der Staat regulieren.

Einen Fahrplan haben wir auch in Sachen Klima: Bis 2050 müssen wir ambitionierte Ziele erreichen. Frau Vincenz-Stauffacher, was tun Sie fürs Klima?

SVS: Ich stehe voll hinter der Energiestrategie 2050, auch wenn sich meine Partei in Sachen CO₂-Gesetz quergestellt hat. Entscheidend ist, dass man das Thema nicht isoliert betrachtet. Mit Blick auf die Wirtschaft und etwas plakativ gesagt: Man muss erträgliche Schritte machen, sprich Regeln aufstellen, die auch eingehalten werden können, damit die Firmen nicht abwandern und wir dann zwar gute Luft haben, dafür keine Arbeitsplätze mehr. Privat fahre ich unter anderem ein Elektroauto,

Was wir mit dem Klima im Moment erleben, ist ein grosser Test mit der Frage: Sind wir eine intelligente Spezies oder nicht? Jetzt zeigt sich, ob die Menschheit Verantwortung übernehmen kann für Probleme, die sie selber verursacht.

Patrick Ziltener

Susanne Vincenz-Stauffacher: Schön und gut, aber wenn es um Fragen geht, die spezifisch uns Frauen betreffen, machen wir das ganz gerne selber. Ich fände es wunderbar, wenn Frauen und Männer paritätisch vertreten wären im Ständerat, aber das kann man nicht einfach verordnen. Dass das Geschlecht überhaupt keine Rolle spielt, lehne ich ab, ebenso wie ich es ablehne, dass das Geschlecht die Hauptrolle spielt. Es ist ein Faktor, am Ende zählen die Fähigkeiten. Ich trete aber ganz bewusst als Frau an.

Der Ständerat soll paritätisch sein, sagen Sie. Also sind Sie für die Frauenquote?

SVS: Ich war lange eine vehemente Gegnerin davon, weil ich mich nicht zur Quotenfrau machen lassen will. Das macht eine Frau ja auch angreifbar. Mittlerweile, muss ich sagen, geht mir doch alles recht langsam voran, darum kann ich mir eine Frauenquote als Übergangsregelung durchaus vorstellen. Als Mittel zum Zweck, bis Frauen in der Politik und in der Wirtschaft «normaler» und mehr weibliche Vorbilder etabliert sind.

Wie steht es je in Ihrem beruflichen Umfeld, in der Justiz und an der Universität, um die Geschlechtergerechtigkeit?

SVS: In meinem Berufsleben habe ich nie Nachteile gehabt. Als ich Ende der 80er-Jahre Jus an der HSG studierte, haben in unserem Jahrgang 30 Männer und zwei Frauen abgeschlossen. Heute studiert meine Tochter an der HSG, und bei ihr ist das gar kein Thema mehr.

PZ: In der Soziologie ist die Mehrheit, fast zwei Drittel der Studierenden, weiblich. Bei den Professoren hingegen do-

heize auch mit Fernwärme und vermeide möglichst das Fliegen. Letzteres fällt mir aber auch leicht, da ich als Anwältin in St.Gallen geografisch gesehen einen relativ beschränkten Wirkungskreis habe. Im Gegensatz zu dir, Patrick.

PZ: Ja, das Fliegen ist wohl mein berühmter «Tolgggen im Reinheft». Da ich beruflich sehr viel mit Asien zu tun habe und dort auch einen Lehrauftrag habe, muss ich ziemlich oft fliegen. Privat ist das anders: Ich habe niemals irgendeine Art von Verbrennungsmotor besessen, weder Auto noch Rasenmäher, wir heizen mit Erdwärme und bereiten derzeit den Umstieg auf Solarenergie vor. Ich habe den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter also bereits geschafft.

Warum schafft es der Rest der Gesellschaft nicht?

PZ: Was wir im Moment erleben, ist ein grosser Test mit der Frage: Sind wir eine intelligente Spezies oder nicht? Jetzt zeigt sich, ob die Menschheit Verantwortung übernehmen kann für Probleme, die sie selber verursacht. Wir werden es voraussichtlich nicht schaffen, die Klimaerwärmung auf unter zwei Prozent zu begrenzen. Weil es den Leuten noch nicht weh tut, weil man sich anstrengen muss, um das grosse Ausmass der Probleme zu verstehen. Es fehlt der Druck. Der wohl wichtigste Indikator, den wir hier in der Schweiz haben, sind die Gletscher. Ich sage darum: Geht wandern, schaut euch an, wo der Gletscher jetzt ist und wo er noch vor 40 oder 50 Jahren war!

SVS: Ich teile deinen Pessimismus nicht. In meinem Umfeld habe ich vielmehr das Gefühl, dass langsam ein Umdenken

stattfindet. Als wir diesen Sommer im Toggenburg Wasser in die höher gelegenen Höfe fliegen mussten, ist das den Leuten schon ziemlich eingefahren.

PZ: Ich bin Wissenschaftler, da einigt man sich in der Regel nicht so leicht, aber jetzt ist etwas Unglaubliches passiert: In der Klimapolitik gibt es mittlerweile eine einhellige Meinung, die von tausenden von Wissenschaftlern auf der ganzen Welt geteilt wird. Die Botschaft ist klar: Je später wir anfangen, desto teurer wird es. Und diese Kosten kommen so oder so, ob als Folge der Klimaerwärmung oder jetzt durch präventive Massnahmen. Nur hat die Politik einfach nicht verstanden, dass wir jetzt handeln müssen, dass Prävention günstiger ist als Schadensbegrenzung.

Die Jungen haben es kapiert: Sie streiken. Können Sie den aktuellen Klimastreiks der Schülerinnen und Schüler in aller Welt etwas abgewinnen?

SVS: Ich finde das super! Sie stehen ein für ihre Zukunft und sagen, dass sie das Handeln der Politik nicht in Ordnung finden, das ist cool. Aber ich würde mir wünschen, dass es nicht beim «Ausrufen» bleibt, sondern dass sie sich wirklich betätigen, dass sie zum Beispiel Runde Tische organisieren oder das Gespräch mit der etablierten Politik suchen.

PZ: Mich haben die Streiks ganz besonders gefreut, denn meine Politisierung hat ebenfalls in der Kantizeit begonnen.

In der Öffentlichkeit nimmt man Sie aber mehr mit Ihren Positionen zum Freihandel und Ihren Verbindungen zu Asien wahr. Publikationen zum Klima sucht man vergeblich.

PZ: Das ist richtig, denn das Klima gehört nicht zu meinen Forschungsgebieten. Da bin ich kein typischer Grüner, ich sehe mich eher als ein wirtschaftsnaher Grüner. Aber auch in der Handelspolitik ist das Klima sehr relevant. Ich habe zum Beispiel eine Studie zum Palmöl gemacht, das eine grosse Rolle spielt im Freihandelsabkommen mit Indonesien. Auch für mich ist klar: Den Klimawandel können wir nur in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bekämpfen. Es wäre verheerend, wenn wir uns entscheiden müssten zwischen funktionierender Wirtschaft und griffiger Klimapolitik. Früher war das anders, da hiess es Wirtschaft vs. Grün. Inzwischen haben beide Seiten begriffen, dass es nur Hand in Hand geht.

Kontrovers diskutiert wird auch das Rahmenabkommen mit der EU. Der Zwiespalt von Offenheit vs. Schutz der eigenen Verhältnisse zeigt sich unter anderem in der Diskussion um den Lohnschutz. Wissen Sie einen Ausweg?

SVS: Wenn ich den wüsste, sässe ich wohl nicht hier. Ich finde ganz klar, dass es ein institutionelles Rahmenabkommen braucht. Was von rechter Seite kolportiert wird – wir sind unabhängig, wir wollen keine «fremden Richter» etc. – ist schlicht illusorisch. Das Rahmenabkommen, wie es jetzt auf dem Tisch liegt, ist sicher

Als die Grünen in den 80er-Jahren gegründet wurden, waren neue Geschlechterverhältnisse eines unserer wichtigsten Anliegen. Dass wir jetzt verantwortlich gemacht werden für den geringen Frauenanteil im Ständerat, grenzt an Ironie.

Patrick Ziltener

Ich war in den 80er-Jahren in einer Öko-Gruppe, damals herrschte noch der Kalte Krieg, und auch das Thema Nahrung war sehr brisant. Ökologie und Frieden, das waren unsere Hauptthemen. Ich kann die Jungen sehr gut verstehen und bin überzeugt, dass unsere Generation nicht gut wegkommen wird in der Geschichtsschreibung: Wir waren die, die es versäumt haben, die Weichen zu stellen, die nicht eingegriffen und zu spät reagiert haben.

SVS: Im Klimabereich vielleicht, aber nicht generell. Wenn ich zum Beispiel die Schweiz mit Spanien vergleiche, haben unsere Jungen wenigstens Arbeit. Das meine ich, wenn ich sage: Man darf ein Thema nicht isoliert betrachten. Wirtschaftlich gesehen können wir den Jungen durchaus eine Zukunft bieten, auch wenn das natürlich wenig bringt, wenn der Planet kaputt ist.

PZ: Das ist ja die Schande: Wir haben die Fähigkeiten, die Technologie und das Wohlstandsniveau, um etwas zu verändern. Wir könnten es uns leisten. Doch unsere Diplomaten in der Klimapolitik werden ausgelacht, weil sie es nicht schaffen, in der reichen Schweiz die Ziele umzusetzen. Das war für mich auch einer der Gründe, wieso ich beschlossen habe, doch noch einmal aktiv in die Politik einzusteigen. Die Bremsklötze sind nämlich nicht die Diplomaten oder die Bundesverwaltung und auch nicht der Bundesrat, sondern das Parlament. Wenn wir ernsthaft vorwärts machen wollen, brauchen wir in Bern dringend eine neue parteipolitische Zusammensetzung.

nicht das Nonplusultra, aber ein Anfang. Ich sehe darum die Lösung in der Zusammenarbeit mit der Linken, denn die Rechte ist zu stur und setzt nur auf Abschottung und Protektionismus. Bei der Frage des Lohnschutzes müsste man sich allerdings finden. Ich bin absolut für Lohnschutz, kann aber nicht verstehen, warum man diese Achttageregelung, die im übrigen schon 20 Jahre alt ist, als rote Linie deklariert, die nicht überschritten werden darf. Mit den neuen Übermittlungsverfahren gäbe es bestimmt Möglichkeiten, wie man sich auch in vier Tagen mit dem gleichen Schutzniveau anmelden kann.

Diese Debatte könnten Sie innerhalb der St.Galler Vertretung im Ständerat führen. Paul Rechsteiner ist nicht bereit, den Lohnschutz aufzuweichen.

SVS: Darum müsste man sich genau mit ihm an einen Runden Tisch setzen. Als Mediatorin habe ich gelernt, nicht nur auf das zu hören, was jemand sagt, sondern die Interessen und Bedürfnisse dahinter zu erkunden. Ich würde gerne mit ihm darüber reden, was die Linke genau will und wie man das erreichen könnte.

PZ: Ich finde es brandgefährlich, am Lohnschutz herumzuschrauben – gerade für einen Grenzkanton wie St.Gallen. Wenn wir hier leichtfertig etwas einreissen, werden wir bald eine Art von Populismus erleben, wie wir ihn bis jetzt noch nicht gekannt haben. Das Problem an der EU ist, dass sie im Kern eine riesige Liberalisierungsmaschine ist. Ihre Haupt-

funktion ist es, einen Binnenmarkt zu schaffen, darin ist sie stark und dazu hat sie auch die nötigen Mittel. Schwach ist sie, wenn es um die Absicherung nationaler Schutzmassnahmen und Interessen geht. Österreich beispielsweise musste sein Schutzsystem preisgeben, weil es nicht EU-binnenmarktkompatibel war, und leidet nun unter enormen politischen Verwerfungen. Wenn der Nationalstaat der einzige beziehungsweise der letzte Verfechter sozialer Interessen ist, fördert das den Nationalismus. Das ist ein grundsätzliches Konstruktionsproblem der Europäischen Union: Es geht ihr um Liberalisierung, nicht um ein soziales Europa, darum schafft sie es auch nicht, bei der Bevölkerung eine Mehrheit zu schaffen.

SVS: Die flankierenden Massnahmen waren der EU schon immer ein Dorn im Auge. Ich werte es als Erfolg, dass wir diesbezüglich immer noch diskutieren und sie nicht einfach abgeschafft haben. Darum treiben mich auch die Vollzugsfragen so um: Warum muss man immer abblocken, statt darüber zu diskutieren, welche Wege es gäbe? Man will ja den Lohnschutz nicht aufgeben, sondern nur einen anderen Vollzug etablieren. Wir sollten in dieser Frage keine Machtpolitik, sondern Vermittlungspolitik betreiben, denn wir können es nicht riskieren, dass gewisse Firmen abwandern, weil dann Arbeitsplätze verloren gehen – dann haben wir den Populismus nämlich auch.

«Familie» im ganz weiten Sinn verstehe. Auf der anderen Seite kann es auch nicht sein, dass ausländische Frauen busweise angekarrt werden für die 24-Stunden-Betreuung älterer Menschen, und dafür unsauber entschädigt werden. Da müssen wir den Finger draufhalten.

Gibt es Vorbilder in Asien diesbezüglich, Herr Ziltener?

PZ: Nicht wirklich ... In Japan zum Beispiel leben sehr viele alte Menschen, dort sucht man das Heil in der Robotik und anderen Technologie-Lösungen. Es gibt Geschirrspülroboter und funkgesteuerte Rollstühle, die den Heimweg finden sollen. Mich hat das etwas befremdet. Jedenfalls glaube ich nicht, dass Roboter die Lösung sind.

Zurück in die Ostschweiz: Soll man überhaupt regional denken in Bundesbern, und wenn ja, wofür werden Sie einstehen, wenn Sie gewählt werden?

SVS: Man soll und muss, darum gibt es die Ständevertretung. Ich setze mich dafür ein, dass Dinge, die die Ostschweiz gut oder sogar noch besser als andere Regionen kann, auch weiter hier gemacht werden. Das bringt Wertschöpfung. Ein Beispiel dafür ist das Bundesverwaltungsgericht, das vor einigen Jahren nach St.Gallen geholt wurde. Dann der Innovationspark: Ich verstehe nicht, warum dieser in der Ostschweiz gescheitert ist. Ein solches Projekt wäre wichtig für die Region. Eine selbstbewusste

Schön und gut, aber wenn es um Fragen geht, die spezifisch uns Frauen betreffen, machen wir das ganz gerne selber. Ich fände es wunderbar, wenn Frauen und Männer paritätisch vertreten wären im Ständerat, aber das kann man nicht einfach verordnen.

Susanne Vincenz-Stauffacher

Eine andere schwierige soziale Baustelle in Bern ist die AHV. Wie kann sie gerettet werden, wenn die Menschen immer älter werden?

SVS: Durch die Steuervorlage 17, die Unternehmenssteuerreform III, die mit der AHV gekoppelt ist, haben wir zumindest wieder etwas Luft. Zwei Milliarden an Zusatzfinanzierung für die AHV soll uns das bringen, ich finde diesen Deal nicht schlecht.

Aber dieses Geld reicht auch nicht ewig.

SVS: Das stimmt natürlich, darum müssen wir nun strukturelle Massnahmen ergreifen, und zwar auf der Seite der Ausgaben. Dass das Rentenalter von Männern und Frauen angeglichen wird, ist ein erster Schritt. Grundsätzlich sehe ich die Lösung in der Flexibilisierung. Es gibt viele Arbeitnehmende, die sich daran stören, dass sie mit 65 aufhören müssen. Für diese Leute müsste man Anreize schaffen, um weiter zu arbeiten, natürlich in Kombination mit der zweiten Säule. Es sollte auch für Arbeitgeberinnen interessant sein, Ältere weiter zu beschäftigen oder neu anzustellen. In der jetzigen Praxis ist das noch zu teuer.

Stichwort Care-Arbeit: Wer schaut für uns, wenn wir älter werden? Wer betreut die Kinder?

SVS: Ich bin eine grosse Verfechterin der Eigenverantwortung und möchte nicht, dass zum Beispiel die Kinderbetreuung in ein institutionelles Korsett gezwängt wird. Wir sollten die Solidarität innerhalb des Familien-Netzwerks pflegen, wobei ich

Interessenvertretung für die Ostschweiz würde für mich auch heissen, mit dem Thurgau und den beiden Appenzell zusammenzuarbeiten, etwa bei Vorhaben im öV, die es weiterzuentwickeln gilt. Und was den Verkehr angeht, soll man die Gelder auch abholen beim Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds (NAF).

PZ: Aus grüner Sicht ist mir die öV-Anbindung ebenfalls sehr wichtig. Wir sind eine Grenzregion, einiges hat sich schon verbessert, aber der öffentliche Verkehr ist definitiv noch ausbaufähig. Es wäre aber falsch, einen Ständerat daran zu messen, wieviele Subventionen und Aufträge er oder sie aus Bern mitbringt. Man muss zuerst fragen, was wir für den Bund tun können, und erst dann, was der Bund für uns tun kann. Mein Wunsch wäre, dass St.Gallen eine viel aktivere Rolle spielt in Bern als bis anhin. Der Ständerat ist genau dieser Ort, wo das geschehen kann, wo eine Kompromissbereitschaft herrscht. Im Nationalrat ist das kaum möglich, da geht es um Polarisierung und knallharte Machtpolitik.

Welche Branchen würden Sie stärker fördern oder neu etablieren wollen in der Ostschweiz?

SVS: Wie gesagt, hätte der Innovationspark hierher gehört. Die Stadt St.Gallen hat es vorgemacht mit dem Projekt Startfeld. Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man es schafft, einen gewissen Spirit in eine Stadt zu bringen. Da verkehren viele junge Menschen mit tollen Fähigkeiten, und es ist eine Freude,

dass diese bei uns sind und nicht in Zürich oder sonstwo. Was die Stadt im Kleinen geschafft hat, müsste doch die Region Ostschweiz im Grösseren auch hinbekommen. Ich würde die Idee gerne nochmals aufnehmen.

PZ: Wie stehst du denn zur Steuerkonkurrenz? Deine Partei ist ja ein grosser Fan davon, St.Gallen spielt dieses Spiel nicht wirklich mit ... Würdest du diesen Wettbewerb mitmachen?

SVS: Der Wettbewerb birgt ja auch Entwicklungspotenzial. Wenn man sich nicht mehr behaupten muss, besteht die Gefahr, dass man bequem wird, darum finde ich ein gewisses Mass an Wettbewerb wichtig. Aber das ist auch keine Einbahnstrasse: Wenn ständig die Steuern gesenkt werden, bleibt irgendwann kein Geld mehr übrig zum Beispiel für das kulturelle Angebot, wie wir jetzt auch in St.Gallen sehen. Darum muss man ein Mittelmass finden.

PZ: Steuerkonkurrenz ist nun mal nicht gratis zu haben. Das zeigt die Entwicklung in Luzern, wo man empfindlich an der Bildung sparen muss, weil die Steuern immer weiter gesenkt wurden.

SVS: Ein attraktives Steuerumfeld ist nicht nur für jene Unternehmen und Private gedacht, die schon da sind, sondern auch für jene, die potenziell kommen wollen. Das allein hat noch nichts mit gegenseitiger Kannibalisierung zu tun.

PZ: Ich wäre trotzdem für eine Harmonisierung der Steuern.

Frage der politischen Ausgestaltung. Es gäbe ganz andere Möglichkeiten – wie gesagt, könnte man etwa die Steuerkonkurrenz reduzieren. Oder mehr Staatseinnahmen generieren, was leider unpopulär ist. Das Kantonsparlament hätte theoretisch diesen Gestaltungsspielraum, nur herrschen dort momentan schlechte Mehrheitsverhältnisse. Ich frage mich sowieso, wie du es aushältst in deiner Partei ...

SVS: Also mir geht es bestens. Meine Partei ist insofern liberal, als es mich darin verträgt, denn ich bin definitiv nicht die stromlinienförmige FDPlerin.

PZ: Bist du nicht einfach das soziale Feigenblatt deiner Partei? SVS: Dieses Gefühl habe ich nicht. Ich stehe einfach für meine Überzeugungen ein.

PZ: Aber als Parlamentarierin in Bern: Glaubst du, du könntest wirklich einen Unterschied machen in der Fraktion?

SVS: Die Fraktion «umzumodeln», wäre wohl etwas gar ambitioniert. Aber genau solche Stimmen, wie ich eine bin, braucht es. Und wie gesagt: Die Grundhaltung der FDP stimmt für mich. Ich bin vielleicht in gewissen Positionen anderer Meinung, aber ich bin in der richtigen Partei.

PZ: Die Ablehnung des Klimapakets sei ein politischer Betriebsunfall gewesen bei der FDP, sagst du. Welche Massnahmen würdest du denn mittragen?

SVS: Eine Erhöhung der Flug- und Benzinpreise wäre für mich

Der Steuerwettbewerb birgt ja auch Entwicklungspotenzial. Wenn man sich nicht mehr behaupten muss, besteht die Gefahr, dass man bequem wird, darum finde ich ein gewisses Mass an Wettbewerb wichtig. Susanne Vincenz-Stauffacher

SVS: Mein Ziel ist eine gesunde Mischung zwischen Steuerwettbewerb und – wo sinnvoll – Harmonisierung.

Reden wir über Kultur: An welchen Orten trifft man Sie an?

PZ: Meine erste kulturelle Adresse ist Zürich. In St.Gallen besuche ich gern die Lokremise, wo ich auch schon Veranstaltungen moderiert habe. Und mit meinem Sohn gehe ich am liebsten ins Naturmuseum, das gerade bei uns um die Ecke ist. Das Programm dort finde ich toll, und es ist auch ein Ort, der dazu beiträgt, das Bewusstsein für Umweltfragen zu schärfen.

SVS: Ich bin Mitglied des Kunstvereins. Früher ist mein Mann mit unseren Töchtern ins Naturkundemuseum gegangen, das war mein freier Sonntagmorgen. Jetzt hole ich das nach. Ausserdem gehe ich gerne ins Theater, und eine kulturelle Nische, die ich besonders schätze, ist die Alte Turnhalle Engelburg.

Als die Plafonierung der Kulturgelder beschlossen wurde im Kanton St.Gallen, waren Sie noch nicht Mitglied des Kantonsrat, Frau Vincenz-Stauffacher. Trotzdem: Was halten Sie davon?

SVS: Ich habe schon einige Sparpakete mitgemacht, etwa in meiner Zeit bei der Frauenzentrale. Schlussendlich haben wir immer Lösungen gefunden, aber es ist natürlich schon so, dass man Federn lassen muss. Und es ist immer eine Frage des Masses. Offensichtlich muss der Kanton gewisse Einsparungen machen, da müssen alle Bereiche ihren Teil dazu beitragen.

PZ: Nein, das ist überhaupt nicht zwingend, sondern eine

absolut vertretbar. Jetzt hat der Ständerat die Chance, das Paket neu zu schnüren, da wäre ich sehr gern dabei.

Das tönt fast so, als müsste man Sie, Frau Vincenz und Herr Ziltener, gemeinsam nach Bern schicken.

SVS: Wir haben spasseshalber tatsächlich schon darüber gesprochen, das Amt im Jobsharing auszuüben.

PZ: Also ich persönlich bin ein grosser Fan von Jobsharing.

Susanne Vincenz-Stauffacher, Jahrgang 1967, studierte an der Universität St.Gallen, ist Mutter zweier erwachsener Töchter und führt seit 1993 als Rechtsanwältin eine eigene Kanzlei in St.Gallen. Sie ist Präsidentin der Stiftung Opferhilfe St.Gallen und beider Appenzell wie auch Ombudsfrau Alter und Behinderung für die drei Kantone. Sie stand dem Spitexverein Gaiserwald vor und war während neun Jahren bis 2014 Präsidentin der Frauenzentrale des Kantons St.Gallen. Seit September 2018 gehört sie dem St.Galler Kantonsrat an. Susanne Vincenz-Stauffacher lebt in Abtwil.

Patrick Ziltener, Jahrgang 1967, ist als Titularprofessor Dozent für Soziologie und Wirtschaftsgeschichte an den Universitäten Zürich, St.Gallen und Innsbruck (Ö). Er arbeitete von 2000 bis 2002 am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln und 2003 bis 2005 mit einem Forschungsstipendium des Schweizerischen Nationalfonds in Ost- und Südostasien. Von 2006 bis 2009 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Ziltener gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Grünen Partei St.Gallen, ist verheiratet, hat einen 14-jährigen Sohn und lebt in St.Gallen.

Stopp für die «Verbrauchsschweiz»



Benedikt Loderer hat in seinem Buch *Landesverteidigung* ein Landgesetz gefordert, das – wie die am 10. Februar zur Abstimmung kommende Zersiedelungsinitiative – ein Einzonungsmoratorium fordert. Im Gespräch erklärt er, warum Ja zu stimmen wichtig ist.

INTERVIEW: RENÉ HORNUMG, BILD: PETER SURBER

Saiten: Benedikt Loderer, Sie haben 2014 einen Initiativ-Entwurf des Basler Rechtsprofessors Enrico Riva vorgestellt, der das Gleiche will wie die Initiative der Jungen Grünen. Sind Sie der Vater der Idee?

Benedikt Loderer: Ich bin sozusagen der uneheliche Vater. Die Jungen Grünen hatten 2014 gleichzeitig wie Enrico Riva und ich an einem Initiativtext gearbeitet. Weil klar war, dass ich als Einzelkämpfer keine 100'000 Unterschriften zusammenbringe, sind es nun die Forderungen der Jungen Grünen, über die wir abstimmen. Das ist nicht bis ins Detail das Gleiche, wie wir es wollten, aber es ist genauso richtig. Mir ist klar, dass es nicht einfach ist, einen Initiativtext zu erarbeiten, der funktioniert. Und dass die Jungen Grünen, die in der Halbzeit noch ziemlich Mühe hatten, die nötigen Unterschriften zusammenzubringen, es dann doch schafften – dazu sage ich nur «chapeau»!

Reden wir vom Inhalt der Initiative. Wie soll die Zersiedelung gestoppt werden?

Mit dem gleichen Meccano, wie er seit 1876 im Waldgesetz festgeschrieben ist: Wo Wald abgeholzt wird, muss andernorts die gleiche Fläche aufgeforstet werden. Oder aktuell: Wenn Boden neu als Bauland eingezont wird, muss andernorts gleichviel als Nichtbaugelände ausgezont werden.

Eine Initiative, selbst eine von den Stimmberechtigten angenommene, ist ja politisch noch nicht sehr griffig. Dazu braucht es auch ein Gesetz, und bis das steht, kann es bekanntlich dauern. Klar, mit einer Initiative lässt sich unser Politsystem nicht auf den Kopf stellen. Wenn man Unterschriften sammelt, hat man das System schon akzeptiert. Wir sind halt «Realos» geworden. Wir rennen nicht mehr gegen das System an, wir wollen es für uns nutzen. Die «Giele» und «Modis» – es sind

fast gleich viele engagierte junge Frauen wie Männer bei den Jungen Grünen – gehen da unbeschwert an die Sache, fast schon mit etwas Pfadigeist. Aber sie haben unser Politsystem voll durchschaut und engagieren sich, fast ohne Geld.

Was kann man denn an politischer Wirkung von dieser Initiative erwarten? Die bisherigen Diskussionen um das Raumplanungsgesetz haben ja regelmässig zu zusätzlichen Ausnahmeregelungen geführt und das Gesetz durchlöchert.

Angenommen, die Ja-Stimmen sind in der Mehrheit oder es gibt ein knappes Resultat, dann kann das Parlament nicht einfach so tun, als wäre die Bevölkerung fürs ungebremste Weiterbauen. Die Initiative ist ja ganz klar: Es darf keine neuen Einzonungen ohne Realersatz geben. Das wird das Siedlungsgebiet einschränken.

Schon bei der Abstimmung über die erste Revision des Raumplanungsgesetzes von 2013 gab es eine Initiative als Druckmittel... und sie hatte ihre Wirkung. Damals gab es 62,9 Prozent Ja-Stimmen zum verschärften Gesetz, auch weil im Hintergrund eine Initiative drohte.

Dieses Jahr kommt eine weitere Revision des Raumplanungsgesetzes ins Parlament, bei der es vor allem ums Bauen ausserhalb der Bauzonen geht. Das ist ja eigentlich ein anderes Thema.

Thematisch sind das kommunizierende Röhren, inhaltlich gehört Zersiedelung und Bauen ausserhalb der Bauzonen

Da müssen wir uns keine Illusionen machen. Grosse Austauschaktionen sind nicht zu erwarten. Der Immobilienmarkt und die Bauwirtschaft sind viel zu kleinräumig organisiert. Ob überhaupt je ein solcher Abtausch von Bauzonen nötig sein wird, hat noch niemand wirklich gründlich überlegt. Das ist allerdings auch eine Frage, die erst in der zweiten Stelle hinter dem Komma wichtig wird. Entscheidend ist der Grundsatz: Wir müssen die Zersiedelung jetzt stoppen.

Mit diesem Grundsatz sind viele einverstanden, dennoch ist die Unterstützung dünn.

Viele sind mit dem Ziel einverstanden und ergänzen: «Aber in meinem Fall muss man schon schauen, dass...». Diese «Ja, aber»-Befürworter müssen sich im Klaren sein: Wer Nein stimmt, ist mit der Zersiedelung einverstanden und will, dass sie weitergeht. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter überbaut, pro Tag sind das acht Fussballfelder.

Also hat die Revision des Raumplanungsgesetzes vor fünf Jahren nichts gebracht? Seither dürfen Bauzonen der Gemeinden nur noch so gross sein, dass sie den Bedarf der nächsten 15 Jahre decken.

Die 15-Jahre-Regel zeigt es: Das Raumplanungsgesetz ist ein Zersiedelungsgesetz. Nach diesen 15 Jahren ist die Bauerei ja nicht zu Ende, dann kommt der nächste Schritt. Das muss jetzt ein Ende haben. Wir haben überall genügend Baulandreserven, in den Ortskernen, in den locker überbauten Ein-

Die «Ja, aber»-Befürworter müssen sich im Klaren sein: Wer Nein stimmt, ist mit der Zersiedelung einverstanden und will, dass sie weitergeht. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter überbaut, pro Tag sind das acht Fussballfelder.

ganz klar zusammen. Und es ist ja noch eine weitere Initiative der Umweltverbände in Vorbereitung, welche die Bauerei ausserhalb der Bauzonen griffiger bekämpfen will als der Bundesrat mit seiner Revisionsvorlage.

Warum geht es eigentlich in der Raumplanung nicht ohne solche Druckmittel?

Weil es massive finanzielle Interessen gibt und das Parlament diesen meistens nachgibt. Es geht immer um den Mehrwert von Grundstücken, um nichts anderes, als das Geschäft mit dem eigenen Stückchen Land zu retten.

Wenn es also ums Geld geht, kann man denn mit dem Mechanismus des Waldgesetzes auch die Zersiedelung stoppen? Wald ist doch viel weniger wert.

Falsch! Damals, als das Waldgesetz erlassen wurde, war Wald sehr viel wert. Deshalb wurde er ja auch überall rücksichtslos abgeholzt. Die Situationen sind durchaus vergleichbar.

Die Initiative ermöglicht einen Ausgleich der Bauzonen. Der Tausch soll quer durchs Land möglich werden. Da könnten also Ballungsgebiete ungebremst weiter wachsen, während in abgelegenen Regionen eh nichts passiert. Macht ein solcher Tausch Sinn?

familienhausgebieten, in den noch nicht bebauten, aber bereits eingezonten Gebieten. Mit der Ausdehnung der Bauzonen muss drum Schluss sein.

Die Initiative will landwirtschaftlich genutzte Böden retten. Das könnte auch eine SVP-Forderung sein. Habt ihr keine Angst vor dem Vorwurf, wertkonservativ zu sein?

Nein. Der wertkonservative Geruch ist hier sogar richtig. Treiber der Zersiedelung ist ja die Ökonomie. Sie braucht einen Mehrwert und der ist nur mit Wachstum möglich. Deshalb ist auch die SVP klar gegen die Initiative. Obwohl alle sagen, es gebe nichts Schöneres als unsere Landschaft, sind alle ununterbrochen damit beschäftigt, diese zu versauen. Wir sind ständig daran, die «Schönschweiz» in «Verbrauchsschweiz» zu verwandeln, sprich, zu verschwenden.

Da müssten doch eigentlich auch die Bauern die Initiative unterstützen? Warum tun sie das nicht?

Ich habe diese Unterstützung nicht erwartet. Es gibt ja nur noch wenige Bauern, die wirklich ihr Land bewirtschaften. Die meisten sind Teil der Lebensmittel-Massenproduktion geworden. Und weil jeder Bauer beim heutigen System auf potenziellem Bauerwartungsland sitzt, will er auch keinen Stopp der Zersiedelung.

Und warum sagen die Planer Nein?

Weil sie ein mutloser Klub ohne Zivilcourage sind. Die Planer wüssten sehr wohl, welche besseren Wege es gibt. Aber weil die Initiative ein Pflock gegen den Lauf des Systems wäre, haben sie Angst. Auch sie leben ja von der heutigen Zersiedelung. Dabei wäre ein Ja für die Planer nur gut. Sie kämen zu vielen Aufträgen, denn wir müssten überlegen, wie wir mit dem vorhandenen Siedlungsgebiet klüger umgehen.

Die Folge eines Ja wäre eine zunehmende Innenverdichtung in den Dörfern und Städten. Führt das nicht zu Nutzungskonflikten?

Verdichtung ist nun mal Detailarbeit. Ich halte da wenig von grossen Plänen und Konzepten. Wenn aber nur schon die tausenden Einfamilienhäuser mit Anbauten oder Aufstockungen ergänzt würden, hätten wir enorm viel Wohnraum gewonnen. Man muss dort verdichten, wo es dünn ist. Wir müssen nicht klotzen, schrittweise ergänzen genügt. Die Infrastruktur ist schon da.

Es gibt auch Fachleute, die warnen vor künftig leer stehenden Einfamilienhäusern.

Die leeren Häuser wird es geben, genauso, wie es heute tausende von leeren Ferienwohnungen oder in den Städten ungenutzte Businesswohnungen gibt. Das kommt daher, dass wir einfach viel zu reich sind. Wir können uns das alles leisten, und dazu auch noch eine Kreuzfahrt. Es gab ja ein Riesengeschrei, als die Zweitwohnungsinitiative angenommen

Ein Schlusswort?

Entscheidend ist die Erkenntnis: Wer die Zersiedelung stoppen will, muss Ja stimmen. Denn alle, die Nein stimmen, sind – egal welche Lippenbekenntnisse sie absondern – für die Zersiedelung.



Benedikt Loderer, 1945, ist ETH-Architekt und Publizist und bezeichnet sich selbst als Stadtwanderer. Er war 1988 einer der Gründer der Zeitschrift «Hochparterre» und ist seit seiner Pensionierung weiterhin Autor. Er lebt in der dichten Altstadt von Biel.

Benedikt Loderer: *Die Landesverteidigung, eine Beschreibung des Schweizerzustands*, Edition Hochparterre, 2014, Fr. 28.–

Die meisten Bauern sind Teil der Lebensmittel-Massenproduktion geworden. Und weil jeder Bauer beim heutigen System auf potenziellem Bauerwartungsland sitzt, will er auch keinen Stopp der Zersiedelung.

wurde, und nun zeigt sich, dass das Problem ein ganz anderes ist: Die Besitzer oder Erben bringen die Ferienwohnungen nicht mehr los. Da haben wir in den Tourismusgebieten 50 Jahre «g'säuelet» – das gibt halt grosse Flecken.

Die Gegner behaupten auch, die Landpreise würden nach einem Ja stark ansteigen, weil nichts mehr neu eingezont werden darf.

Das wird nicht eintreffen, denn wer ein Haus oder eine Wohnung baut oder kauft, kann ja rechnen. Seit Jahrzehnten geben wir immer rund einen Drittel des Haushalteinkommens fürs Wohnen aus. Das wissen die Investoren. Und sie wissen, was bauen kostet. Aus diesen beiden Faktoren ergibt sich der Landpreis. Die Rechnung wird sich auch mit der Zersiedelungsinitiative nicht ändern.

Und was ist mit dem Argument, die Gemeinden mit grossen Bauzonen seien bei einem Ja viel besser dran als die bescheidenen Gemeinden?

Das lässt sich so pauschal nicht behaupten. Es kommt auf die Erreichbarkeit des Ortes an und auf die konkrete Bauzone. Da sind die Interessensunterschiede bei den Investoren riesig. Klar, die haben im Moment einen Anlagenotstand und bauen deshalb auf Vorrat. Sie müssen ihr Geld parkieren. Aber wie lange noch?



Mit Basil Oberholzer, St.Galler Kantonsrat und Miterfinder der Zersiedelungsinitiative, unterwegs im «Siedlungsbrei» von Wittenbach.

TEXT UND BILD: PETER SURBER

An Anschauungsmaterial ist kein Mangel. Unser Weg führt vom Zentrum über die Strasse, dann zuerst quer durch Wohnblöcke, etwas höher am Hang folgen die Einfamilienhäuser, westwärts dann eine einsame Wiese und gleich die nächste Hüsli-siedlung. Basil Oberholzer zeigt zwei Luftaufnahmen des Quartiers, vorher-nachher: um 1990 und heute. Damals war hier noch fast alles grün, jetzt franst das Siedlungsgebiet immer weiter aus. «So kann es nicht weitergehen», sagt Oberholzer.

Das Quartier heisst Steig, es bildet (vorläufig) den südwestlichen Abschluss des Siedlungsgebiets von Wittenbach. Aber es könnte überall sein – der Flickenteppich von überbauten und noch freien Flächen ist typisch für das Gesicht der Agglomerationen überall im Schweizer Mittelland. Die Ostschweiz sei insgesamt eher moderat betroffen; schlimmer mit dem «Siedlungsbrei» stehe es im Dreieck Zürich-Bern-Basel, sagt Oberholzer, der beruflich zwischen St.Gallen und Bern pendelt und dabei intensiven An-

schauungsunterricht für das Anliegen hat, das im Moment zuoberst auf seiner Traktandenliste steht: die Zersiedelungsinitiative, über die am 10. Februar abgestimmt wird.

Das kostbarste Gut: der Boden

«Es geht uns nicht darum, das Bauen zu verbieten», sagt Oberholzer am Abzweiger zum Strässchen mit dem treffenden Namen «Hüsli». Es gehe auch nicht darum, den einzelnen Hüsli-Menschen Schuld zuzuschreiben: Sie wohnen so, wie es das Gesetz erlaubt. Entscheidend sei deshalb, die Logik des Immer-weiter-Einzonens zu durchbrechen. Denn die Negativ-Folgen der Zersiedelung seien zahlreich. Oberholzer zählt sie auf: Bauen versiegelt den Boden – Boden, der nicht von heute auf morgen wiederhergestellt werden kann, sondern das Resultat langer natürlicher Prozesse ist. Zersiedelung zerstört Kulturland und bedroht die Artenvielfalt, das ist

schlecht für die Natur wie für die Menschen, für die Bauern ebenso wie für Konsumentinnen und Konsumenten. Die Zersiedelung verkleinert die Naherholungsgebiete und produziert Mehrverkehr – rund zwei Drittel der gesamten Siedlungsfläche in der Schweiz sind Strassen und Parkplätze, also unproduktive Verkehrsflächen. Das wiederum hat Folgen für das Klima. «Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, kommen wir nicht darum herum, die Zersiedelung zu stoppen», sagt Oberholzer.

Die Antwort der Initiative auf diese fatale Entwicklung heisst zum einen: Bauzonen nicht mehr vergrössern. Und zum andern: nach innen verdichten. Die Einfamilienhäuser, an denen wir vorbeikommen, sind allesamt zweistöckig – zonenkonform, aber landfressend. Schon mit einem Geschoss mehr wäre viel Platz gewonnen. Eine Studie des Immobilienbüros Wüest Partner zeige: Allein durch Verdichtung in den Städten wäre Wohnraum für zweieinhalb Millionen zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner zu schaffen. Denke man den hohen Leerwohnungsbestand mit, so ist für Oberholzer klar: Die künftigen Wohnbedürfnisse sind auch bei einem Ja zur Initiative problemlos zu befriedigen.

Und auch die wirtschaftliche Entwicklung werde durch die Initiative nicht gebremst, kontert er einen der meistgehörten Einwände der Gegnerinnen und Gegner. «Wirtschaftswachstum braucht nicht zusätzliche Bauzonen, sondern Optimierung nach innen. Solange aber der Druck fehlt, passiert nichts und wird weiter auf der grünen Wiese gebaut – nicht weil es billiger, sondern weil es bequemer ist.» All die einstöckigen Aldis und Lidl's, Werkhallen, Garagen und Parkplatzwüsten lassen grüssen.

Der Appell der Architekten

Trotz guten Gründen schlägt der Initiative aber Widerstand entgegen. Der stärkste komme vom Gewerbe und den Wirtschaftsverbänden, sagt Oberholzer – auf der anderen Seite haben 400 Architektinnen und Planer in einem viel beachteten Aufruf zu einem Ja aufgerufen. «Wir bauen jeden Tag und sehen, wie sich der Landschaftsfrass unaufhörlich fortbewegt. Wir müssen die Landschaft schützen, denn wir haben sie nur einmal. Es ist Zeit, besser zu bauen. Klug zu bauen», steht im Aufruf der 400, nachzulesen auf klug-bauen.ch. Darunter sind prominente Namen, aus der Ostschweiz unter anderem die Architekten Robert Bamert, Bruno Clerici, Diego Gähler, Max Graf, Paul Knill oder Doris Königer, der St.Galler Bauökologe Hansueli Stettler oder der Rapperswiler Verkehrsplaner Klaus Zweibrücken.

Gegner wenden ein, mit dem geltenden Raumplanungsgesetz sei bereits das richtige Instrument für eine geordnete Siedlungsentwicklung vorhanden. Der Aufruf hält dem entgegen: «Das Raumplanungsgesetz ist immer noch ein Expansionsvehikel. Alle 15 Jahre geht die Zersiedelung geordnet weiter.»

An diesem Punkt wird es kompliziert und technisch vertrackt. Die Initiative will die Bauzonen «einfrieren» – aber auf welchem Niveau? 2013 hat das Volk mit dem neuen Raumplanungsgesetz beschlossen, dass zu grosse Bauzonen reduziert werden müssen. Konkret: Die Bauzonen sollen für das Bevölkerungswachstum der nächsten 15 Jahre reichen. Sind sie grösser, muss rückgezont werden. Die Kantone haben ihre Richtpläne entsprechend überarbeitet, bis im Mai dieses Jahres müssen sie das Ergebnis dem Bund vorlegen – für Basil Oberholzer ist dies die Grundlage, auf der die Initiative aufbaut, und jetzt sei daher genau «der perfekte Zeitpunkt, über diese einmalige Übung hinaus einen langfristigen Stop festzuschreiben». Die durch das aktuelle Gesetz vorgeschriebenen Rückzonungen würden durch die Initiative nicht tangiert. Sie stelle aber sicher, dass später nicht einfach wieder eingezont wird. Gegner inklusive Bundesrätin Simonetta Sommaruga ziehen das in Zweifel und drohen damit, dass die ganze Richtplanüberar-

beitung im Parlament scheitern, die Rückzonungsplanung sistiert und die Initiative damit zum «Bumerang» werden könnte.

Grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden

Auch die von der Initiative vorgesehene Regel, wonach ein Tauschhandel zwischen Gemeinden mit zu grossen beziehungsweise zu kleinen Bauzonen stattfinden könnte, produziert Widerstand. Ob und wie Gemeinden oder Kantone von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden, weiss niemand. Zu grossen «Deals» werde es nicht kommen, vermutet Benedikt Loderer, Architekt und Stadtwanderer, im Saiten-Interview auf den vorangehenden Seiten 43–45. Andererseits könnte ein Kompensationsmechanismus auch attraktiv sein, gerade in Kantonen wie St.Gallen, wo gemäss Arealstatistiker heute sehr grosse Unterschiede in Sachen Bauzonen und Siedlungsgebiet herrschen: Wildhaus-Alt St.Johann etwa weist heute 17,9 ha freie Bauzonen aus, Wittenbach bloss 4 ha. Die Bevölkerung soll jedoch in Wittenbach gemäss Szenario bis 2040 um 1793 Personen wachsen, in Wildhaus nur um 118 Personen. Beim sogenannten Kapazitätsindex, der aus dem Verhältnis von erwartetem Bevölkerungszuwachs und vorhandenem Siedlungsgebiet resultiert und der für die nächsten 25 Jahre kalkuliert wird, liegt Wittenbach zusammen mit Steinach am Schluss der Liste, Wildhaus-Alt St.Johann mit weitem Vorsprung vor Hemberg an der Spitze (was keine Wertung ist, sondern nur eine Aussage über die vorhandene Baukapazität). Mit anderen Worten: Toggenburger Gemeinden mit ihren mehrheitlich überdimensionierten Bauzonen könnten mit weniger landreichen Gemeinden im Unterland ein Geschäft machen.

Wie solche Tauschaktionen konkret funktionieren könnten, müsse erst noch festgelegt werden, sagt Basil Oberholzer. Die Initiative wolle ausdrücklich nicht alle Details von Parkplatzpflicht bis Stockwerkzahl und Tauschprozedere festlegen – solche Fragen gehörten nicht in die Verfassung. «Verdichtung ist keine einfache Aufgabe – aber das Potential ist gross, es gibt bereits heute gute Ansätze, und wir müssen damit nicht morgen und auch nicht übermorgen fertig sein. Aber wir müssen heute anfangen.»

Was passiert bei einem Nein? «Dann wird bis etwa 2050 eine weitere Fläche von der Grösse des Kantons Neuenburg überbaut sein», prognostiziert Oberholzer. Und bei einem Ja? Direkte Auswirkungen werde man nicht sofort sehen, aber längerfristig werde es gelingen, den «Siedlungsbrei» einzudämmen. «Viele Leute sagen jetzt schon, es sei zu spät. Ich sage: Es reicht noch, aber es ist höchste Zeit.»



Basil Oberholzer, 1990, Dr. rer. pol, ist Umweltökonom und seit 2016 für die Grünen im St.Galler Kantonsrat. Er ist Mitglied des Initiativkomitees der Zersiedelungsinitiative.

klug-bauen.ch, zersiedelung-stoppen.ch

Nm

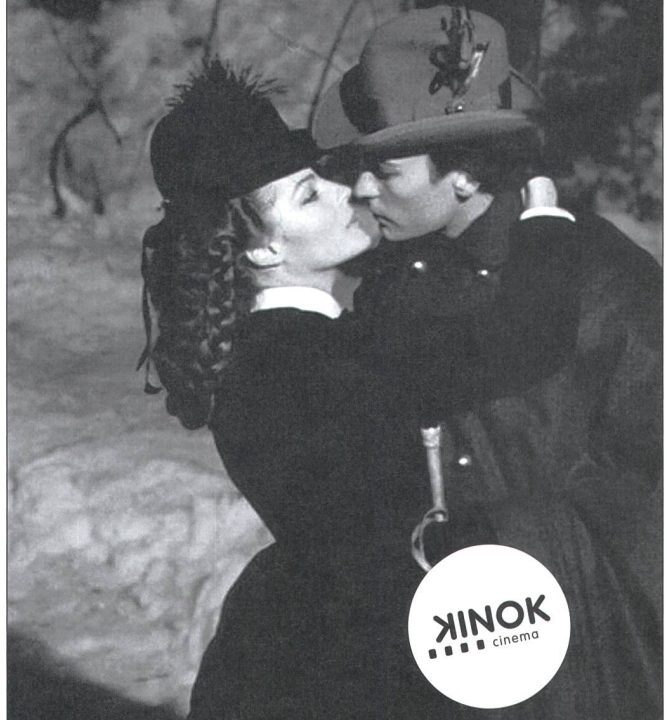
Naturmuseum
St.Gallen



**NATUR- UND
TIERFILMFESTIVAL
SA 9. & SO 10.
FEBRUAR 2019**

25 international prämierte Filme | naturmuseumsg.ch

Luchino Visconti



Kinok – Cinema in der Lokremise St.Gallen, kinok.ch Februar 2019

WO
RT

11. St. Galler
Literaturfestival

28–
31 März
www.wortlaut.ch

LA
UT